



Niederschrift

**über die Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am 17.03.2011**

Anwesend

- Vorsitz

Roth, Bernhard

- beratende Mitglieder

Acker, Werner
Boos-Waidosch, Marita
Ellrich, Christine (Vertretung für Frau Eva Weickart)
Göbel, Richard (Vertretung für Frau Monika Roth)
Jaensch, Harald Pfarrer
Münch, Mechthild
Rövekamp, Werner
Winheller, Andreas

- Mitglieder

Bub, Kerstin
Eckhardt, Gerd Dr.
Gerth, Ulrich (Vertretung für Herrn Wolfgang Schnörr
Göbig-Fricke, Gabi (Vertretung für Herrn Frank Panschar)
Jaensch, Ruth
Kirchhart, Stefanie Dr. (stv. Vorsitzende), (Urkundsperson)
Konrad, Nadya
Konrad, Walter (Vertretung für Herrn Kurt Mehler)
Kracht, Martina (Vertretung für Frau Sissi Westrich)
Köbler-Gross, Sylvia
Mahn, Oliver
Merkator, Kurt
Metzner, René
Pohl, Christine Dr. (Vertretung für Herrn Miguel Vicente)
Siebner, Claudia
Steitz, Georg
Viering, Christian (Urkundsperson)

Entschuldigt fehlen

- beratende Mitglieder

Burkhardt, Maren
Fülber, Regina
Genßler, Eike Pfarrerin
Hostert, Roland KHK
Krück, Michael
Meister, Tina
Nemazi-Lofink, Peimaneh

Roth, Monika
Schwamb, Marina
Weickart, Eva
Wörsdörfer, Johannes

- Mitglieder

Hafner, Klaus
Mehler, Kurt
Panschar, Frank
Schnörr, Wolfgang
Schuster, Regine
Vicente, Miguel
Westrich, Sissi

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 6

b) öffentlich

2. Jugend spricht für sich
3. Präsentation des 1. Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz
4. Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zum Kinderschutz
5. Kooperation mit dem Landkreis Mainz-Bingen aus Sicht der Jugendhilfe
6. Personalmanagementkonzept Kitas
7. Mitteilungen

c) nicht öffentlich

8. Mitteilungen

Der Vorsitzende Herr Roth eröffnet um 17.05 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen ist und Einwendungen gegen die Tagesordnung bisher nicht erhoben wurden.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Änderungen der Tagesordnung:

Auf den Antrag von Herrn Winheller soll das Schreiben des Amtes 30 Rechts- und Ordnungsamt zu der Neufestsetzung der Elterbeiträge für den Besuch v. Kinderhorten zum 01.01.2011 (Top 7 der JHA-Sitzung v. 25.11.2010) unter Mitteilungen im Öffentlichen Teil besprochen werden.

Das Thema Mitarbeiterbefragung in den Kindertagesstätten soll auf Wunsch von Herrn Merkator nach dem seitherigen Top 5 aufgenommen werden.

Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

Als Urkundspersonen werden Herr Viering und Frau Dr. Kirchhart benannt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 2 **Jugend spricht für sich**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist niemand erschienen.

Punkt 3 **Präsentation des 1. Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz**

Herr Prof. Christian Schrapper von der Universität Koblenz-Landau erläutert mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation den 1. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz, dessen Originalfassung 400 Seiten umfasst und gefüllt ist mit Zahlen für die jeweiligen Landkreise.

Die Erläuterung erfolgt anhand von 3 Leitfragen:

1. Was prägt die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen?
2. Welchen Beitrag leisten wohlfahrtsstaatliche Angebote?
3. Was prägt die Handlungsräume junger Menschen?

Er wurde aufgrund eines Auftrages des Landestages aus dem Jahr 2007 erstellt und es soll in Zukunft in jeder Legislaturperiode einen Bericht geben.

Der Bericht hat Bedeutung für die künftige Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in Rheinland-Pfalz.

Der Bericht wird dem Protokoll beigelegt.

Von Seiten des Bundes gibt es bereits 14 derartige Berichte.

Nach ein paar Fragen an Herrn Schrappner aus den Reihen der Mitglieder, geht ein herzlicher Dank von Herrn Roth an ihn für seinen Vortrag.

Punkt 4 **Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zum Kinderschutz**
Kooperationsvereinbarung zwischen dem ASD und der ADD für
Mainzer Schulen
Vorlage: 0410/2011

Nach Auskunft von Frau Scherhag, der Abteilungsleiterin des ASD, gab es bzgl. der Rückmeldung an die Schule durch den ASD bei akuter und unmittelbarer Kindeswohlgefährdung, große Diskussionen wegen datenschutzrechtlicher Bedenken.

Daher erfolgt die Rückmeldung an die Schule lediglich in der Form einer Mitteilung „Jugendhilfe wird aktiv“.

Die Meldung von Seiten der Schule soll bei jeglichem Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung nach Anlage 2 erfolgen.

Wegen der noch fehlenden fachlichen Stellungnahme zu der Kooperationsvereinbarung durch die ADD, wird sich Frau Scherhag nach erfolgter heutiger Zustimmung durch den Jugendhilfeausschuss, erneut an diese wenden um eine Rückmeldung zu erhalten.

Der Kooperationsvereinbarung wird zugestimmt.

Punkt 5 **Kooperation mit dem Landkreis Mainz-Bingen aus Sicht der Jugendhilfe**

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt und soll auf Wunsch der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, zu Beginn der Sitzung gesetzt werden.

Herr Merkator stellt noch Unterlagen zu diesem Thema zur Verfügung.

Punkt 6 **Personalmanagementkonzept Kitas**

Der Vorsitzende Herr Roth bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass der Stadtelternausschuss mit dem Thema Mitarbeiterbefragung an die Presse gegangen ist. Er sieht dies auch als Angriff auf die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

Herr Merkator bedauert seine vorschnelle Zusage, die Ergebnisse der Befragung für eine nichtöffentliche Diskussion zur Verfügung zu stellen.

Nach Auskunft von Herrn Merkator werden am morgigen Freitag die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung allen Mitarbeitern der Kindertagesstätten vorgestellt.

Eine Dokumentation „Personalmanagement der Kindertagesstätten der Stadt Mainz „ wurde an alle Anwesenden verteilt.

Zu diesem Thema ist der Datenschutzbeauftragte der Stadt Mainz, Herr Schaust und Frau Wolf vom Rechtsamt anwesend.

Nach Angaben von Frau Wolf kann man aus den Ergebnissen der Mitarbeiterbefragung Rückschlüsse ziehen auf einzelne Mitarbeiter (z.B. Leistungsbewertungen einzelner Kita-Leitungen).

Laut Herrn Schaust können Daten mit Personenbezug nur mit Zustimmung der betroffenen Personen, bzw. wenn dies durch Gesetz ermöglicht wird, veröffentlicht werden. Dies läge aber hier nicht vor.

Nach Feststellung des Rechtsamtes hatte der Jugendhilfeausschuss aus kommunalrechtlicher Sicht überhaupt kein Recht einen Antrag auf Vorlage der Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung zu stellen, da er nicht zuständig ist für Personalkonzepte.

Der Fragebogen zur Mitarbeiterbefragung wird dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung gestellt.

Punkt 7 **Mitteilungen**

In Bezug auf die den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vorliegende Stellungnahme zur Festsetzung von Elternbeiträgen für den Besuch von Kinderhorten und –krippen, gibt es bei Herrn Winheller noch Klärungsbedarf.

Da Frau Wolf vom Rechtsamt erklärt auf die Anfrage des Amtes für Jugend und Familie vom 15.12.2010 erschöpfend geantwortet zu haben, geht der Auftrag von Herrn Roth an Herrn Winheller, sein Anliegen schriftlich zu formulieren, damit eine erneute Prüfung durch das Amt 30 möglich ist.

Herr Winheller ist damit einverstanden.

Der Vorsitzende Herr Roth gibt folgende Mitteilung weiter. Die in der Jugendhilfeausschusssitzung am 25.11.2010 beschlossene Resolution an die Bundesregierung, aufgrund der Kürzung der Bundesmittel für „Soziale Stadt“ , war nach Angaben der Referentin der Oberbürgermeisters nicht erforderlich, da bereits ein diesbezügliches Schreiben von Seiten Herrn Beutels an die Bundesregierung ging. Nach Auskunft von Frau Siebner liegt den Fraktionen hierzu auch schon eine Antwort vor.

Der Antrag des Jugendhilfeausschusses „Kita-Betreuung für behinderte Kinder optimieren“ wird im Stadtrat in der Sitzung am 13.04.2011 von Herrn Roth vorgetragen.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

.....
Vorsitz

.....
Schrifführung

.....
Urkundsperson

.....
Urkundsperson